

Mittwoch, 17. August 2022, Werra Rundschau / Lokales

Die Deutsche Einheit aufarbeiten

**Eschwege und Mühlhausen bewerben sich gemeinsam für
Forschungszentrum**

VON TOBIAS STÜCK



Stellten ihre gemeinsame Bewerbung in Katharinenberg vor: „Nur eine deutsch-deutsche Bewerbung kann dem Thema gerecht werden“, sagen Oberbürgermeister Dr. Johannes Bruns (rechts) und Alexander Heppe. Foto: Tobias Stück

Katharinenberg – Die Partnerstädte haben sich an historischer und symbolkräftiger Stelle getroffen. Am Grenzübergang Katharinenberg waren Deutschland und Europa bis zum 12. November 1989, 11.30 Uhr, geteilt. Weil Eschwege und Mühlhausen gemeinsam ein lebendiger Beweis für die Deutsche Einheit sind, haben sich Mühlhausens Bürgermeister Dr. Johannes Bruns und sein Eschweger Amtskollege Alexander Heppe diesen Ort ausgesucht, um ihre Bewerbung für das „Zukunftszentrum für deutsche Einheit und europäische Transformation“ abzugeben.

Das Zukunftszentrum

Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich eine lobenswerte Initiative. Die Bundesregierung hat den Neubau eines Forschungszentrums (siehe Artikel unten) geplant, das sich mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Deutschen Einheit und daraus resultierender Ergebnisse für Veränderungen in Europa und insbesondere Osteuropa befassen soll. „Seit dem Beginn des Ukraine-Konflikts hat dieses Projekt im Frühjahr eine ganz neue Bedeutung bekommen“, sagt Heppe.

Ganz besonders, so die Idee der Bundesregierung, sollen die Leistungen der Menschen aus Ostdeutschland für die friedliche Revolution von 1989/1990 gewürdigt werden. Der Schwerpunkt soll auf den Erfahrungen und Belastungen der ostdeutschen Bevölkerung seit der Wiedervereinigung liegen, heißt es weiter. Deswegen werde auch ein Standort in Ostdeutschland von der Bundesregierung favorisiert.

Die Bewerber

Die beiden Handelszentren Eschwege und Mühlhausen verbindet eine jahrhundertelange Freundschaft. Nach dem Mauerfall – noch vor der Wiedervereinigung – begründeten die beiden Städte in der Vorweihnachtszeit 1989 die erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft nach dem Mauerfall. Die Lage sei außerdem prädestiniert für die Aufarbeitung der Deutschen Einheit. „Mühlhausen und Eschwege stellen eine Brücke zwischen West- und Ostdeutschland sowie zwischen West- und Osteuropa dar“, sagt Bruns. Durch die Wiedervereinigung sei man in die Mitte Deutschlands und Europas gerückt. Darüber hinaus lebten zwei Drittel der Menschen im ländlichen Raum. „Hier bei uns ist der beste Platz für Forschung unter Mitwirkung der Bürger“, ergänzt Heppe.

Das Zukunftszentrum soll nach der Idee von Eschwege und Mühlhausen bewusst dezentral angelegt werden. Der Hauptsitz liegt in Mühlhausen, eine Dependance in Eschwege. „Es muss nach unserer Vorstellung auch nicht unbedingt ein Neubau sein“, sagt Bruns. Sowohl in Mühlhausen als auch in Eschwege gäbe es geeigneten Leerstand. „Von unserer Seite bietet sich natürlich das Julphar-Gelände am Stadtbahnhof an“, sagt Heppe.

Die Chancen

Jena, Eisenach, Plauen, Magdeburg, Wittenberg, Halle, Frankfurt an der Oder oder Leipzig gehören zu den anderen Bewerbern. „Wir halten an unserer Bewerbung fest, weil wir davon überzeugt sind, dass nur eine deutsch-deutsche Bewerbung dem Thema gerecht werden kann“, sagen die Bürgermeister.

Zukunftszentrum ist Teil des Koalitionsvertrags

Die Einrichtung eines „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und europäische Transformation“ war eine der zentralen Empfehlungen der Kommission „30 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Unter dem Vorsitz des früheren brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) wurde die Institution 2020 vorgeschlagen. Die Ampelparteien SPD, Grüne und FDP nahmen den Plan in ihren Koalitionsvertrag auf.

Das Zentrum soll in Ostdeutschland auf rund 15 000 Quadratmetern Fläche in einer herausragenden Architektur errichtet werden. „Es soll interdisziplinär Transformationsprozesse in Deutschland sowie in Mittel- und Osteuropa erforschen und dazu den Austausch mit einer breiten Öffentlichkeit organisieren“, sagte Carsten Schneider, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, bei der Vorstellung.

Die Baukosten werden derzeit auf rund 200 Millionen Euro kalkuliert. Als Träger des Zentrums wird der Bund im kommenden Jahr eine eigenständige Institution gründen. Das Zentrum soll im Wesentlichen die drei Bereiche Wissenschaft, Dialog und Austausch sowie Kultur umfassen und aus den Umbruchserfahrungen nach 1989 deutsche und europäische Perspektiven für die Transformationsherausforderungen der kommenden Jahrzehnte entwickeln.

Der Standortwettbewerb wird begleitet vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und durchgeführt vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Cottbus. Eine unabhängige Jury aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft wird bis spätestens Anfang kommenden Jahres eine Empfehlung für einen Standort abgeben. Die Mitglieder der Jury werden rechtzeitig vor Abschluss der Bewerbungsphase bekannt gegeben. Die Kriterien für die Standortentscheidung sind in der Auslobung transparent gemacht.

Der Zeitplan sieht vor, dass sich 2023 der Architekturwettbewerb anschließt und in 2026 mit dem Bau begonnen werden kann. Fertigstellung und Inbetriebnahme sind für 2028 geplant. ts